Ausgabe 4/2021

# JULIMAGAZIN

## Liberale Außenpolitik

## Interview mit Moritz Körner

## Die Zukunft der NATO

Bildnachweis: stock.adobe.com ©fotogestoeber

**Sina Behrend**
Chefredakteurin

**Torben Hundsdörfer**
Chefredakteur

*Liebe JuLis,*

manche von euch sind weniger lange auf der Welt, als Angela Merkel Kanzlerin war. 16 Jahre lang hat sie unser Land regiert, was nun auf uns zukommt, ist ungewiss. Wir haben für diese Ausgabe einen Blick in die Welt gewagt. Welche außenpolitischen Herausforderungen Deutschland bevorstehen, lest ihr in unserer neuen Ausgabe. Unser Gastautor Barnabás aus Ungarn schreibt über die Wünsche ungarischer Liberaler und seine Situation unter Viktor Orbán. In einem spannenden Gespräch verriet uns Moritz Körner, Mitglied des Europäischen Parlaments, was er von einer europäischen Armee hält und wie er zu TikTok steht. Unsere gesundheitspolitische Expertin Laura hat sich mit der Rolle Deutschlands in der WHO auseinandergesetzt und Stefan schreibt über liberale Entwicklungspolitik.

Matthias hat sich die geopolitische Lage der EU genauer angeschaut und Luca hat Macrons Misstrauen gegenüber der NATO auf den Zahn gefühlt. Maxi hat einen spannenden Kommentar zur Situation in Afghanistan verfasst. Damit ihr auch etwas lernt, hat Alexander die Geschichte des Freihandels kurz für uns zusammengefasst. Außerdem haben wir einige Lesetipps für euch gesammelt und von Anna könnt ihr euch erklären lassen, wie es um unser Landtagswahlprogramm steht.

Eure

Sina & Torben

IN HALT

**THEMEN**


1. Interview mit Moritz Körner: Quo vadis, Europa?
2. Eine kurze Geschichte des Freihandels
3. Kein neuer Einsatz in Afghanistan
4. Liberale Entwicklungspolitik
5. Die geopolitische EU
6. Unsere Buchempfehlungen
7. Ist die NATO hirntot?
8. Menem und Menschenrechte
9. Cowboy of Europe
10. Politische Lagebesprechung mit unserer Landesprogrammatikerin Anna Neumann
11. Hatte Donald Trump recht?
12. Europäische Armee?
13. Warum Verteidigung der beste Angriff auf Unrechtsstaaten ist – und was das mit Personalmanagement zu tun hat


## IMPRESSUM


**CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.:**
Chefredaktion Sina Behrend, sina.behrend@julis.de und Torben Hundsdörfer, torbenhundsdoerfer@julis.de

**REDAKTION**: Sina Behrend, Matthias Dahms, Stefan Ermert, Barnabás Gádor, Jakob Hager, Alexander Hobert, Torben Hundsdörfer, Luca Kersjes, Alexander Kobuss, Moritz Körner, Laura Litzius, Anna Neumann, Maximilian Wolters

**HERAUSGEBER UND VERLAG:**
Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

**FOTOS:**
photocase.com/Adobe Stock

**GESTALTUNG:**
BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

**LEKTORAT:**
Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

**DRUCK:** frames GmbH, Essen
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

# Quo vadis, europäische Außenpolitik?

1

## Das Interview mit Moritz Körner

Er ist seit 2019 Mitglied des Parlaments der Europäischen Union und war lange Zeit Vorsitzender der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen.

*Ein Gespräch mit unserem EU-Abgeordneten Moritz Körner über die Zukunft der europäischen Außenpolitik, das Verhältnis zu Großbritannien und Moritz Lieblingsmoment im Europäischen Parlament.*

**Spricht man aktuell von europäischer Außenpolitik, sofern das überhaupt möglich ist, fallen einem eher die negativen Dinge ein: China, Russland, Verhältnis zu den USA und nun auch Afghanistan. – Wieso ist das so?**

Wir haben nicht die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für eine gemeinsame starke europäische Außenpolitik, zum Beispiel die Einstimmigkeit im Rat. Schon bei kleinen Fragen gibt es schnell Blockaden. Und leider gibt es auch unter Biden eine Zurückhaltung der USA in weltpolitischen Fragen – daher muss Europa nun endlich bereit sein, selbst Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

**Und die braucht eine europäische Armee?**

Langfristig wollen wir eine europäische Armee. Auf dem Weg dahin ist viel zu lösen: Auf welche Verfassung sollen diese Soldaten zum Beispiel vereidigt werden? Außerdem darf eine europäische Armee nicht zu einer Schwächung der Nato führen, aber es braucht innerhalb der Nato einen starken europäischen Akzent.

**Zurück zur europäischen Außenpolitik: Wo befinden wir uns denn gerade im Prozess einer Vereinheitlichung der europäischen Außenpolitik?**

Die größte Chance ist die Konferenz zur Zukunft Europas. Offen ist jedoch natürlich, ob diese Konferenz auch zu konkreten Vertragsänderungen führt, denn

Umblättern zur nächsten Seite

einige Mitgliedsstaaten wollen eine einheitlichere Außenpolitik blockieren. Gleichzeitig sollten wir also unter anderem die deutsch-französischen Beziehungen intensivieren, ich denke hier an den Aachener Vertrag.

**Und neben den institutionellen Reformen – welche Herausforderungen kommen konkret auf die Außenpolitik der Europäischen Union zu?**

Ich glaube, eine der wichtigsten Herausforderungen ist die Volksrepublik China. Wir dürfen nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aspekt sehen, sondern vor allem den der Menschenrechte. Der autoritäre Staatskapitalismus chinesischer Prägung ist die größte Bedrohung für Individualismus und Freiheit im 21. Jahrhundert – dem müssen wir etwas entgegensetzen. Die Antwort kann hier nur ein stärkeres Europa sein.

**Was setzt die Europäische Union dem denn entgegen?**

Europa muss endlich Tempo machen, was gemeinsame Außenpolitik angeht. Zum Beispiel dürfen wir nicht mehr so naiv sein, in der Handelspolitik Vertragspartner nur nach unseren sozialen und ökologischen Maßstäben zu messen. Insbesondere die Staaten Afrikas und Südamerikas müssen zu unseren starken Handelspartnern werden. Auch in der Entwicklungspolitik sollten wir unsere Interessen stärker im Blick haben. Denn China agiert hier aggressiv zu seinem eigenen Vorteil. Dem können wir nicht tatenlos zuschauen.

**Und welche Rolle spielt Amerika in diesem Wettbewerb der Systeme?**

Es bilden sich immer mehr zwei Pole zwischen China und USA als wirklichen Systemgegnern. Und hier hat sich Europa noch nicht klar genug positioniert. Wir müssen stärker zeigen, dass wir auf der Seite des demokratischen Westens stehen, zu dem auch Australien oder Japan gehören. Wir brauchen eine Alliance of Democrats – eine Allianz mit allen Ländern, die nach freiheitlichen Werten leben. Wir müssen China aber auch in der Digitalpolitik, in die die Volksrepublik immer weiter vordringt, klare Regeln aufzeigen.

**Hier denke ich besonders an deine Initiative zu TikTok in vergangener Zeit. Worum ging es dir da?**

TikTok hatte anders als andere nichteuropäische Digitalunternehmen lange keinen festen Standort in der EU, sodass europäische Datenschutzregeln keine Anwendung fanden. Hier war die EU zu naiv, das so lange zuzulassen, was ich schon früh kritisiert habe. Trumps Weg, TikTok zu verbieten, finde ich hingegen auch falsch – wichtig ist, dass europäisches Recht seine Anwendung findet.

**Und abseits von TikTok: Was waren denn Punkte, die du nach gut zwei Jahren Europaparlament schon politisch anstoßen konntest?**

Der größte Erfolg war der neue Rechtsstaatsmechanismus, den ich mitverhandeln durfte. Endlich können EU-Gelder zurückgehalten werden, wenn europäische Regeln missachtet werden. Und das stärkt gleichzeitig die europäische Außenpolitik: Denn wer eine einheitliche Außenpolitik möchte, braucht zunächst eine einheitlichere Union. Mein zweites Herzensthema war die Initiative „Love is not Tourism“. Dafür zu kämpfen, dass internationale Paare sich während der Pandemie wieder sehen können, war eine Sache, die mich wirklich bewegt hat. Im europäischen Innenausschuss kämpfe ich gerade dafür, in den sozialen Medien einen Uploadfilter-Zwang und Vorratsdatenspeicherung zu verhindern, und für ein Recht auf Verschlüsselung im Netz – jetzt geht es da in die Verhandlung mit den anderen Ausschüssen und dem Rat.

**Und was hat dich am meisten im negativen Sinne bewegt?**

Das war eindeutig der Tag, an dem die britischen Kolleginnen und Kollegen das Parlament verlassen haben, nachdem der Brexit endgültig war. Insbesondere der Abschied von den vielen jungen Kolleginnen und Kollegen, die so zu Europa gehören, ist mir sehr schwergefallen. Das war wirklich ein historischer Gänsehautmoment.

**Was muss denn jetzt passieren, um irgendwann vielleicht wieder einen Eintritt Großbritanniens miterleben zu können?**

Erstens: Die bilateralen Beziehungen zu Großbritannien müssen eng geführt werden. Zweitens muss sich Europa an sich reformieren – hin zu einem Bundesstaat, der kein Superstaat ist, sondern pragmatisch die großen Probleme löst. Und wenn uns das überzeugend gelingt, wird unsere Generation hoffentlich einen Wiederbeitritt miterleben.

**Das klingt doch nach einer tollen Perspektive. – Zum Schluss vielleicht eine nichtpolitische Frage, die sicherlich trotzdem viele JuLis interessiert: Deine liebste Anekdote aus dem Parlamentsleben?**

Am Abend vor der Abstimmung über den Brexit gab es mit einer schottischen Kollegin ein Whisky-Tasting, das sich nach dem ein oder anderen Glas zu einem Abend mit schottischen traditionellen Tänzen entwickelte. Ein feuchtfröhlicher Abend, wie man so schön sagt. (lacht)

**Vielen Dank, Moritz, für das Gespräch.**

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Eisenhans

Eine kurze Geschichte des Freihandels

# Je freier der Handel, desto freier die Menschen

Bildnachweis: stock.adobe.com ©bluedesign

Freihandel ist mit dem politischen Themenfeld der Außenpolitik sehr eng verwoben. Heutzutage werden politische Konflikte zuerst über die wirtschaftlichen Beziehungen ausgetragen, bevor es zum tatsächlichen Waffeneinsatz kommt. Der Freihandel ist zudem ein politisches Reizthema. Für viele bedeutet er das Versprechen auf bessere wirtschaftliche Chancen und grenzübergreifenden Handel. Für viele andere, sogenannte „Globalisierungskritiker“ ist er ein politischer Kampfbegriff. Von realitätsfernen Bildern von Chlorhühnchen über die angebliche Ausbeutung natürlicher Ressourcen bis hin zum Untergang des Abendlandes findet sich allerhand Polemik in den Reihen der Gegner des Freihandels. Um seinen Nutzen nachzuvollziehen und zu erkennen, welchen Wohlstand er uns gebracht hat, lohnt es, einen Rückblick auf seine Geschichte zu werfen.

## Die Wurzeln des modernen Freihandels

Die absolutistischen Monarchien des 16. und 17. Jahrhunderts definierten sich durch eine starke Tendenz zur Zentralisierung gesellschaftlichen Lebens auf den Staat. Der Leitsatz „L’état c’est moi!“ (dt.: Der Staat bin ich) steht stellvertretend für das Selbstverständnis der Königshäuser dieser Zeit (insbesondere der französischen). Ein Staatsverständnis einer absoluten Machtzentralisierung auf eine Person scheint in Europa heute sehr weit weg. Es war aber die politische Welt des Absolutismus, die sich auch auf die Wirtschaftsweise der damaligen Zeit unmittelbar auswirkte. Höhere Steuern, die immer neue und blutigere Kriege finanzieren sollten, sollten den Staat finanzieren, und hohe Zölle sowie Einfuhrverbote sollten die nationale Wirtschaft „schützen“. Diese protektionistische Grundhaltung läuft im sogenannten Merkantilismus zusammen und definiert das Wirtschaftssystem vieler europäischer Staaten bis ins späte 18. Jahrhundert. Die Trägheit und Ineffizienz dieses Systems war ein Grund, warum sich die liberalen Revolutionen des ausklingenden 18. Jahrhunderts entluden und das Zeitalter der liberalen Nationalstaaten einläuten sollten.

## Der Freihandel führt zum Wohlstand der Nationen

Im Geiste der Aufklärung geschah im Jahre 1776 eine intellektuelle Revolution. Während die liberalen Revolutionäre in den Vereinigten Staaten für ihre Unabhängigkeit vom British Empire fochten, wurde in Großbritannien selbst ein Werk veröffentlicht, welches die europäische Art zu wirtschaften für immer verändern sollte. Der schottische Moralphilosoph und erster

Umblättern zur nächsten Seite

2

Nationalökonom Adam Smith postulierte in seinem Werk „The Wealth of Nations“ neue Thesen, wie das Wirtschaftswesen in einem Staat ausgestaltet werden sollte. Die auf den Schriften John Lockes basierenden Ideen staatlich geschützter Grundrechte auf Eigentum und Vertragsfreiheit sowie Smiths wirtschaftswissenschaftliche Erklärung der Effizienz von Arbeitsteilung schufen die Grundlagen für die freie Marktwirtschaft.

Aber Smith war nicht nur ein Verfechter der freien Wirtschaft innerhalb eines Nationalstaates, sondern setzte sich auch für den freien Handel ein. Sein Modell des absoluten Kostenvorteils, das später durch das Modell des komparativen Kostenvorteils des britischen Ökonomen David Ricardo weiterentwickelt wurde, liefert bis heute immer noch die Grundlage für die neoklassischen Theorien des internationalen Freihandels. Die Marktwirtschaft und der Freihandel setzten sich schrittweise auf dem europäischen Kontinent durch. Die Tragödien zweier Weltkriege bremsten zeitweilig die Wachstumsdynamik der immer globaleren Weltwirtschaft. Alleine in den letzten 30 Jahren wurde die absolute Armut auf der Welt halbiert. Nicht zuletzt aufgrund von der Marktwirtschaft und des Freihandels.

## Freihandel schafft Frieden

Die Lehren von Adam Smith haben nichts an ihrer Aktualität verloren. Denn wenn in der Geschichte der freie Handel eingeschränkt wurde, dann war der Schritt zum Kriege deutlich näher. Deswegen ist auch festzuhalten, dass die Förderung des Freihandels ein Anliegen für die Friedensbewegung in der Außenpolitik sein sollte. Denn solange zwei oder mehrere Staaten vom gegenseitigen Handel profitieren – was bei echtem freiem Handel stets der Fall ist –, ist die Hemmschwelle, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen, deutlich geringer.

Aus diesen Lehren lässt sich auch das liberale Primat zu Skepsis gegenüber der staatlichen Allmacht zusätzlich begründen, denn die Einschränkung des freien Handels und die Intervention in den Markt geben Demagogen die Mittel, um ihren Machtanspruch im Zweifel durch Krieg durchzusetzen. Adam Smith wusste schon: „It is the highest impertinence and presumption… in kings and ministers, to pretend to watch over the economy of private people, and to restrain their expense… They are themselves always, and without any exception, the greatest spendthrifts in the society.“

Aus diesen Grundsätzen lässt sich für uns Liberale die Aufgabe herleiten, den Freihandel stets zu verteidigen. Denn die Demagogen von links und von rechts werden mit ihren populistischen Mitteln versuchen, den freien Handel einzuschränken, um die eigene Macht zu mehren. Es ist also an uns, den freien Handel und seine Erfolgsgeschichte hervorzuheben, damit in unseren Gesellschaften der Wohlstand und die Freiheit für alle Menschen anwächst. Denn in einer offenen Gesellschaft und einer freien Wirtschaft verteilt sich der Wohlstand durch alle Schichten. Um mit den Worten von Adam Smith zu schließen:

> **„It is the great multiplication of the productions of all different arts, in consequence of the division of labour, which occasions, in a well-governed society, that universal opulence which extends itself to the lowest ranks of the people.“**

**Alexander Kobuss (23)** studiert Lehramt für Gymnasien. Er ist Programmatiker in Köln/Bonn, Landesvorsitzender der LHG NRW und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Energie/Finanzen. Ihr erreicht ihn unter **kobuss@julis.de**

# Kein neuer Militäreinsatz in Afghanistan 3

## Warum Diplomatie nun der richtige Weg ist

Vorweg! Was sich zurzeit in Afghanistan abspielt und abgespielt hat, ist die politische Kapitulation vor der eigenen Bürokratie und ein Versagen der Kommunikation der Ministerien untereinander. Die letzten fast 20 Jahre, in denen deutsche Soldaten unter Einsatz ihres Lebens in Afghanistan für die Befreiung eines Landes gekämpft und ausgebildet haben, sind in wenigen Wochen hinfällig geworden. Dabei kann man keinem deutschen Soldaten und schon gar nicht der Bundeswehr an sich einen Vorwurf machen. Es ist dort mit allen Mitteln getan worden, was umsetzbar war. Leider sind alle Bemühungen gescheitert. Von den ausgebildeten afghanischen Soldaten war ein Großteil nicht bereit, für das eigene Land und die eigene Überzeugung zu kämpfen. Korruption und Geld spielten dort viel größere Rollen als der Wunsch, als Nation zusammenzustehen.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©t. kœhler

Unter diesen Umständen ist ein weiterer Militäreinsatz in Afghanistan genauso hoffnungslos wie ein unnötig brutales Durchgreifen, um die Macht der Taliban zu verhindern. Es war zu erwarten, dass der Vormarsch der Taliban kommt. Das Ziel des Einsatzes, den Terror aus Afghanistan zu vertreiben, schien erst einmal geglückt. Somit muss der Einsatz auch irgendwann einmal enden. Ein Abzug Hals über Kopf und ohne Bedingungen war die schlechteste aller Methoden und ist fast als Niederlage des Westens zu interpretieren. All dies führte zu einem viel zu frühen Zurückkommen der Taliban. Es war somit eine Verkettung unglücklicher Umstände. Aber als politischer Konsens gilt trotzdem, dass die Taliban auch mit einem geregelteren Abzug zurückgekommen wären. Egal wie viele Bedingungen gestellt werden würden. Und dies wäre auch nach einem erneuten Militäreinsatz der Fall. Mit der Konsequenz, dass mit dem Einmarschieren in Afghanistan wieder deutsche, europäische und NATO-Soldaten fallen werden, einige Milliarden Euro in einen Kampfeinsatz investiert werden, dessen Ziele spätestens nach seiner Beendigung wieder hintenüberfallen. Wir müssen uns als Konsequenz des Kasus Afghanistan viel mehr darüber unterhalten, warum die EU als eine der größten Handelsmächte nicht alleine in der Lage ist, einen Flughafen zur Evakuierung der eigenen Leute zu sichern, und sich so von den USA abhängig macht. Die Zukunft der Handelsbeziehungen mit Afghanistan kann nun nicht mehr mit dem Gewehr geregelt werden, sondern muss dringend mit diplomatischem Geschick gelöst werden. Gerade in diesen Zeiten wünscht man sich Diplomaten wie Hans-Dietrich Genscher zurück, die gezeigt haben, dass Deutschland seine Interessen viel mehr am Verhandlungstisch als auf dem Schlachtfeld durchsetzen kann. Die Bundesrepublik kann nun mal nicht mit den militärischen Mitteln der USA mithalten, dafür aber mit gekonntem diplomatischem Geschick. Jetzt sollten andere Bundeswehreinsätze wie dieser in Mali unter diesen Gesichtspunkten auf den Prüfstand gestellt und genauestens überdacht werden. Können wir unsere Ziele überhaupt erreichen oder ist der Eingriff in die Souveränität eines Staates mit unseren jetzigen Erfahrungen überhaupt noch zu legitimieren? Oder verschenken wir dort großzügig Hilfsgüter und Kapital, was nach dem Abzug der Bundeswehr in falsche Hände gerät? Denn genau dieser Aufbau der Infrastruktur und das Geld, was in Afghanistan hineingeflossen ist, hat den Taliban geholfen, umso schneller wieder an die Macht zu kommen.

Das Ziel für Afghanistan sollte nun sein, eine neue Hochburg des Terrors zu verhindern. Daher sind die diplomatischen Beziehungen wichtiger denn je. Diese werden in Afghanistan über Menschen- und vor allem Frauenrechte entscheiden, aber auch uns in Europa und den Rest der Welt möglichst vor islamistischem Terror schützen.

**Maximilian Wolters (18)**
ist Notfallsanitäter-Azubi und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen in Viersen. Er ist erreichbar unter maximilian.wolters@julis.de

# 4 Liberale Entwicklungspolitik, denn wir haben eine Welt zu verlieren

**Die Welt steht vor einem Umbruch. China zeigt sich immer selbstbewusster und strebt mittlerweile offen eine neue Weltordnung unter seiner Führung an und der Westen hangelt sich von einer Schlappe zur nächsten. In dieser Zeit ist das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit besonders wichtig. Aber wie kann liberale Entwicklungspolitik funktionieren und warum überhaupt das Ganze?** Im Rahmen der neuen Seidenstraße baut China Infrastruktur – besonders in West- und Ostafrika – und macht so die Nehmerländer wirtschaftlich von sich abhängig. Dennoch schafft seine Entwicklungspolitik Arbeitsplätze und ist vor Ort sehr viel beliebter als unsere.

## Die Ziele

Unsere Politik muss also besser werden. Dabei haben wir geopolitische Interessen, in erster Linie die neokolonialistische Expansion Chinas einzudämmen, sowie humanitäre Interessen, nämlich die Förderung der Demokratie und des Wohlstandes in den Nehmerländern.

## Failed states nützen niemandem!

Aus diesen beiden Zielen ergibt sich auf der taktischen Ebene, dass bezogen auf einzelne Staaten das erste Ziel die Stabilisierung sein muss. Wenn Staaten zerbrechen oder in Bürgerkrieg verfallen, bedeutet das Leid für die Menschen vor Ort und den Wegfall eines potenziellen Partners. Außerdem führen failed states zu großen Flüchtlingsströmen, die wir nur durch Ursachenbekämpfung verhindern können. Stabilisierung ist somit das erste Ziel, das wir verfolgen müssen.

**Stefan Ermert (19)** studiert Law&Economics an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, ist stellv. Kreisvors. für Programmatik der JuLis Bonn. Ihr erreicht ihn unter **stefan.ermert@julis.de**

## Damit nicht nur wir in Freiheit leben können!

Der zweite Schritt ist die Demokratisierung. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben – ist ein Volk nicht selbst willens, den Weg in die Demokratie zu gehen, können wir sie unmöglich zwingen. Vielmehr ist unsere Aufgabe, Hilfszahlungen, die über die reine Stabilisierung hinausgehen, von der Demokratisierung abhängig zu machen. China hat jedoch weitaus mehr Geld für sein Entwicklungsprogramm zur Verfügung und setzt dieses völlig unabhängig von der jeweiligen politischen oder Menschenrechtslage ein. Der Westen kann hierauf nur entgegnen, indem wir ebenfalls unsere Kräfte bündeln. Die EU sollte einen klaren Leitplan für unsere Entwicklungspolitik vorgeben. Perspektivisch muss ebenfalls die USA und final die gesamte westliche und demokratische Welt in dieses Programm eingebunden werden.

Um diesen Demokratisierungsprozess zu bewältigen, müssen wir auch leider mit Diktatoren zusammenarbeiten. Denn wenn wir es nicht tun, tun es China oder Russland. Ziel muss es sein, dass unser Entwicklungsprogramm so viel besser als das der Chinesen ist, dass die Diktatoren dieser Welt viel lieber mit uns zusammenarbeiten wollen und die dafür notwendigen Reformschritte bereit sind mitzugehen.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Proxima Studio

Unsere Entwicklungsgelder müssen aber auch auf der Mikroebene effizient eingesetzt werden. Europa muss, wie China, primär die Infrastruktur vor Ort aufbauen, aber ohne die Nehmerländer von uns abhängig zu machen. Aber auch private Investitionen müssen attraktiver gemacht werden. Denn ohne den privaten Sektor werden wir das Investitionsvolumen Chinas nicht erreichen können. Nur wenn wir diese wichtigen Reformschritte gehen, endlich vom Gießkannenprinzip wegkommen und Gelder zielsicher einsetzen, können wir das Hegemonialstreben Chinas noch stoppen. Dafür braucht es allerdings viel Überwindung, diplomatisches Geschick und Europa muss sich endlich auf ein gemeinsames Ziel verständigen.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©artjazz

# Gestaltungsspielräume der EU im Kontext der Großmachtrivalität zwischen den USA und China

Der Konflikt zwischen den USA und China um die geopolitische Vorherrschaft in der Welt hat direkte Auswirkungen auf die EU: Sie pflegt enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den beiden sich im Konflikt befindenden Staaten. Da es selbst für politische Schwergewichte wie die USA und China zunehmend schwierig ist, eigene politische Positionen ohne Beteiligung von anderen allein durchzusetzen, versuchen beide die EU als Partner für die eigene Seite zu gewinnen.

Aus der amerikanisch-chinesischen Auseinandersetzung kann Europa als lachender Dritter hervorgehen. Dafür muss die EU bei außenpolitischen Fragestellungen einen selbstbestimmten Entscheidungs- und Handlungsansatz verfolgen. Nur so kann die EU ihre eigenen Präferenzen durchsetzen. In einer anderen Machtkonstellation droht sie hingegen im amerikanisch-chinesischen Machtkonflikt zerrieben zu werden.

## Die Gefahr einer Rolle als Juniorpartner

Sollte die EU nicht zu einer souveränen und eigenständigen Politik im Umgang mit den USA und China finden, sondern sich auf eine der beiden Seiten schlagen, hätte dies gravierende negative Auswirkungen für alle Mitgliedsstaaten. Die außenpolitische Elite Washingtons begreift China als die zentrale Herausforderung für amerikanische Hegemonie in der Welt. Die EU ist dabei allerdings ihrer Ansicht nach kein gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe, sondern allenfalls Juniorpartner für eigene Ziele.

Im Gegensatz zu den USA hat sich in Europa jedoch keine dominante Denkrichtung herausgebildet, die Peking als neuen Erzgegner in einem strukturellen Weltkonflikt begreift. Und während sich die EU zwar rhetorisch auf die Seite der demokratischen USA und gegen die autoritäre Volksrepublik stellt, hätte eine echte Entkopplung von China negative Konsequenzen für sie, da eine von den USA geführte Anti-China-Koalition die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Europas zu seinem eigenen zweitgrößten Handelspartner ruinieren würde.

Dass sich die EU hingegen von den USA abwendet und sich stärker in Richtung China orientiert, erscheint erst recht äußerst unwahrscheinlich. Zu groß ist die transatlantische ideelle Verbundenheit. Zudem würde eine einseitige Hinwendung nach Fernost die wirtschaftlichen Beziehungen zur USA ruinieren – dem noch vor China größten Handelspartner der EU. Außerdem wären in einem chinesisch-europäischen Verhältnis militärische Kooperationen kaum denkbar.

Eine ideale Position der EU im Großmachtwettbewerb liegt darin, die Rolle des Vermittlers einzunehmen und zur Interessensmaximierung die Kooperation mit den USA und/oder China zu suchen oder sich, wenn nötig, von beiden zu distanzieren. Mit dieser Souveränität und Flexibilität bei strategischen außenpolitischen Entscheidungen kommt die EU in die Position, eigene Interessen durchsetzen zu können.

## Definition europäischer Präferenzen

Die EU und die USA verfolgen unterschiedliche Positionen in den Bereichen Nord Stream 2, Beteiligung von Huawei am 5G-Netzausbau, transatlantische Datensicherheit und Regulierung globaler Technologiekonzerne. In den

Umblättern zur nächsten Seite

europäisch-chinesischen Beziehungen haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mehrheitlich ein Interesse daran, Kooperationen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie Rüstungskontrolle voranzutreiben. Zudem vertreten sie eigene Positionen im Bereich der Investitionsscreenings und der Entwicklung im Südchinesischen Meer und wollen die Einhaltung der Menschenrechte in China durchsetzen.

## Die Enthaltung der Hebelkraft zur Durchsetzung europäischer Interessen

Wie kann die EU nun ihre Interessen und Präferenzen durchsetzen? Das Vermögen, eigene Präferenzen im Konflikt mit anderen durchzusetzen, kann als Macht definiert werden. Oftmals wird zwischen hard und soft power unterschieden. Hard power entfaltet eine direkte Wirkung, das Verhalten anderer wird durch den Einsatz von Zwang im eigenen Interesse verändert. Entscheidend sind militärische und wirtschaftliche Kapazitäten. Soft power dagegen entfaltet eine indirekte Wirkung und kommt ohne wirtschaftliche und militärische Kapazitäten aus. Im Zentrum stehen immaterielle Ressourcen wie die Attraktivität des eigenen Modells, des eigenen Verhaltens und der eigenen Kultur.

Für die EU scheidet die Option, mittels hard power eine direkte Wirkung auf die beiden Großmächte zu entfalten, aus. In wirtschaftlicher Hinsicht weist die EU zwar ein hohes Maß an Machtressourcen auf und ist etwa auf Augenhöhe mit den USA und China. Militärische Macht besitzt die EU dagegen insbesondere im Vergleich mit den USA und China nicht.

Im Hinblick auf soft power hat die Europäische Union hingegen einiges vorzuweisen: Obwohl die EU in den letzten Jahren durch die Staatsschuldenkrise, die Flüchtlingskrise sowie den Brexit mit einigen inneren Schwierigkeiten konfrontiert war, ist die Anziehungskraft und Attraktivität der EU nach wie vor sehr hoch und befindet sich an der Weltspitze. Ob jedoch immaterielle Ressourcen wie Anziehungskraft und Attraktion allein ausreichen, um politische Präferenzen im Hinblick auf wirtschaftlichen Erfolg und Absicherung des eigenen Wohlstandes durchzusetzen, kann bezweifelt werden.

Der erfolgversprechendste Ausweg für die Europäische Union, eigene Präferenzen durchzusetzen, liegt in der Entfaltung von Macht durch Hebelkraft. Diese Form von Macht folgt der Erkenntnis, dass die Fähigkeit von Staaten, sich in der internationalen Politik durchzusetzen, nicht unmittelbar mit den verfügbaren Machtressourcen einhergeht und deshalb weder mit hard power noch mit soft power ausreichend erklärt werden kann. Die Hebelkraft entfaltet keine materielle (hard power) oder ideelle (soft power) Wirkung, sondern vielmehr eine statisch-mechanische. Entscheidend für die Entfaltung dieser statisch-mechanischen Kraft sind zwischenstaatliche Interaktionen und das Wechselspiel von Staaten, in welches diese bei einem Präferenzkonflikt eingebettet sind. Um diese Konfliktsituation beherrschen bzw. dominieren zu können, kommt es nicht auf die absolute Macht im Sinne von hard oder soft power an, sondern auf die günstigere Position innerhalb der Konfliktsituation. Eine Abnahme von hard oder soft power führt also nicht automatisch zum Verlust von Macht in der internationalen Arena und umgekehrt. Um den besten Hebel für die Kraftentfaltung zu finden, ist es vonnöten, sich bei einem Präferenzkonflikt richtig zu positionieren. Eine günstige Positionierung bedeutet, die eigenen Vorteile zu maximieren und die Nachteile zu minimieren.

Im Kontext der Großmachtrivalität zwischen den USA und China hat die Europäische Union die Möglichkeit, in eine günstige Position zu kommen und politische Hebel zur Durchsetzung der eigenen Präferenzen in der Hand zu halten. Wenn die EU zu einer souveränen und eigenständigen Politik im Umgang mit den beiden Großmächten findet, kann weder in Washington noch in Peking eine willfährige Union als selbstverständlich angesehen werden. Gleichzeitig sind sich sowohl die Amerikaner als auch die Chinesen darüber im Klaren, dass sie ihr geopolitisches Spiel ohne Verbündete und Partner nicht gewinnen können. Daher ist die Sorge, europäische Unterstützung zu verlieren, groß. Daraus resultiert die günstige Position der EU, die für die Entfaltung der Hebelkraft entscheidend ist. Verbessert wird ihre Position zusätzlich dadurch, dass die traditionelle Rolle der EU die eines Vermittlers ist und sie jahrzehntelange Erfahrung darin hat, Konflikte zwischen Akteuren durch Verhandlungen und Interaktion statt durch Konfrontation zu lösen. Außerdem ist die EU der einzige der drei Akteure, der sowohl die USA als auch China als Partner betrachtet, während sich Washington und Peking in einem Handelskrieg, Technologiekrieg, Propagandakrieg und Cyberkrieg befinden. In der Großmachtrivalität zwischen Peking und Washington entsteht also eine europabegünstigende Situation.

**Matthias Dahms (23)** ist Europafan. Ihr erreicht ihn unter **dahms33@gmail.com**

## In 200 Jahren Fortschritt und Wachstum das Positive sehen

In dem Buch „Fortschritt – Ein Motivationsbuch für Weltverbesserer“ von Johan Norberg wird aufgezeigt, wie sich die Welt in den letzten 200 Jahren entwickelt hat, es offenbart das Positive des Wachstums.

Das Jahr 1820 scheint ein Blick in eine andere Welt, 94 % der Weltbevölkerung leben in extremer Armut. Reist man 90 Jahre in die Zukunft, erblickt man im Jahr 1910 noch 82 % der Welt in extremer Armut, 1950, in den letzten 70 Jahren, waren es 72 %, im Jahr 1981 waren es noch 44,3 % und 1999 noch 29,1 %. Im Jahr 2015 ist sie auf 9,6 % gesunken, also eine Reduzierung um den Faktor 3. Zahllose weitere Beispiele für den Erfolg des Fortschritts möchten von euch selbst entdeckt werden. „Früher war alles besser“ wird restlos widerlegt. Dieses Buch ist für jeden, der sich mit dem historischen Fortschritt beschäftigen und ihn verstehen will.

**Alexander Hobert**

# 6

## Internationale Politik

Das Magazin für globales Denken

Ich weiß, in einem Magazin ein anderes Magazin empfehlen mag zwar vielleicht nicht wie der cleverste Schachzug wirken, aber dieses Magazin ist es wirklich wert! Das Magazin „Internationale Politik“ wird von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegeben und ist im gut sortierten Zeitschriftenfachhandel und als Abonnement verfügbar. Die Autor*innen kommen aus Wissenschaft, Journalismus und Politik und berichten über das aktuelle weltpolitische Geschehen. Es gibt den „Weltspiegel“, in dem Themen erläutert werden, und die Rubrik „Positionen“, in der Kommentare und Essays veröffentlicht werden. Die aktuelle Ausgabe thematisiert zum Beispiel Afrikas Wirtschaft, die Bedrohung durch Korruption und, genau wie das JULIMAGAZIN, das Verhältnis Deutschlands gegenüber China. Wenn ihr das nächste Mal am Bahnhof warten müsst, weil die DB ihre Verspätungen nicht in den Griff bekommt, empfehle ich euch den Weg in die Buchhandlung und dort den Griff zum Magazin „Internationale Politik“.

**Sina Behrend**

# Ist die NATO „hirntot“?

Ende 2019 erregte der französische Präsident Emmanuel Macron die Gemüter, als er sagte, die Nato sei „hirntot“. Aber was hat er damit gemeint? Was ist aus seiner Aussage geworden? Und lebt die NATO wieder?

2019. Donald Trump war Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA galten nicht mehr als verlässlicher Partner für außenpolitische Angelegenheiten. Politische Uneinigkeit zeichnete die NATO in vielen Fragen aus, beispielsweise der Umgang mit China und Russland. Unkoordiniertes Vorgehen in vielen Fragen wie beispielsweise das Vorgehen der Türkei in Nordsyrien. Mitten in diese Situation hinein konstatiert der Präsident der Atommacht Frankreich, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis sei „hirntot“.

Eine ziemlich harsche Aussage – jedenfalls für sich genommen. Aber wenn man den oben aufgeführten Kontext betrachtet, scheint sie nicht mehr völlig unbegründet. Zumal die Aussage Macrons einem ausführlichen Interview mit dem „The Economist“ am 21. Oktober 2019 (siehe https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-in-his-own-words-english) entstammt, von dem beinahe nur diese Aussage übrig geblieben ist.

Aber was ist aus der Aussage geworden? Zunächst hat die Hirntod-Diagnostik innerhalb der NATO wachgerüttelt und eine längst überflüssige Diskussion über die Rolle der NATO in der Welt angestoßen. Es entstand auf deutsche Initiative hin eine sogenannte „Reflection-Group“, die Vorschläge für die Entwicklung der NATO entwickeln sollte. Unter Leitung des ehemaligen Verteidigungs- und Innenministers Thomas de Maizière erarbeitete die Gruppe den Bericht „NATO 2030 – United for a New Era“ (siehe: https://www.thomasdemaiziere.de/files/tdm/content/PDFs/Mediathek/NATO-Reflexionsgruppe%20Bericht%20in%20deutscher%20%C3%9Cbersetzung.pdf). Eine abschließende Bewertung des Papiers kann wohl kaum vorgenommen werden, denn die Frage ist, was die NATO-Partner am Ende daraus machen, aber es birgt einige Chancen und auch Fragen.

## Quo vadis, NATO?

Das Papier hält fest, dass die NATO ihre Rolle zu Russland und vor allen Dingen China neu denken muss. Russland zeige eine neue Aggression, der man weiterhin mit „Abschreckung und Dialog“ entgegentreten müsse. So bedürfe es auch einer Weiterführung der nuklearen Abschreckung, während man sich gleichzeitig zur Rüstungskontrolle bekenne. Dies scheint zunächst paradox und doch ist es logisch: Denn wie will man westliche Werte in der Welt vertreten, wenn der Rest der Welt einen nicht ernst nehmen kann, weil wir auf militärische Ausrüstung verzichten?

Die Reflexionsgruppe betont auch, dass gerade in Hinblick auf China das strategische Papier der NATO aus dem Jahre 2010 einer Aktualisierung bedürfe. Das überrascht nicht, denn bisher verkennt die NATO völlig den systemischen Wettbewerb, in dem wir zu China stehen. So appelliert der Bericht, dass die NATO rausmuss aus der reinen Krisen- und Risikobewältigung und eine einfachere und schnellere Entscheidungsfindung brauche. Darüber hinaus erklärt der Bericht, dass im Hinblick auf die Europäische Union die NATO selbst die zentrale Plattform in der westlichen Welt sei und nicht die EU.

## Doch nicht hirntot?

Man kann an dieser Stelle doch durchaus Bedenken äußern, ob die NATO wirklich so viel gewichtiger ist als die EU und wie genau die Vorschläge der Reflexionsgruppe umgesetzt werden. Dies ist auch eine ausführliche Diskussion, die an dieser Stelle gar nicht beantwortet werden kann und soll. In Hinblick auf die EU sollte man dennoch festhalten, dass die EU sich hier nicht unnötig kleinmachen muss. Denn die EU müsste eine klarere Außenpolitik verfolgen und auch mehr verteidigungspolitische Unabhängigkeit von der NATO und damit von den USA im Besonderen sichern. Das hat die Situation in Afghanistan wohl erneut gezeigt.

Alles in einem ist die NATO wohl doch nicht völlig hirntot. Vielleicht litt sie eher unter einem Herzstillstand. Denn Macron meinte zuvorderst, dass die politische Ebene der NATO – also Dialog, gemeinsames Vorgehen und Verständigung auf gemeinsame Werte – nicht funktionierte. Immerhin folgte der Reflexionsprozess, der Vorschläge zur Zukunft der NATO gemacht hat. Ob aber der Reflexionsprozess wirklich was bringen wird? Wir werden sehen.

**Luca Kersjes (19)** studiert an der Universität Duisburg-Essen Politikwissenschaft. Er ist Beisitzer im Vorstand der JuLis Niederrhein und dort ist ihm eine starke Programmatik wichtig. Ihr erreicht ihn unter **luca.kersjes@fdp-emmerich.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Evgenia

# Menemen und Menschenrechte

Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Türkei. Mein letzter Besuch in Istanbul ist einige Jahre her, aber die Stadt ist ohne Frage wunderschön. Die große türkischstämmige Community in Deutschland und insgesamt in Europa verpflichtet uns zu einem besonderen Verhältnis zur Türkei. Auch die geografische Lage ist strategisch spannend. Das heißt aber nicht, dass man Erdogan alles durchgehen lassen kann.

Wenn Jan Böhmermann in der Kritik steht, ist die Freude bei einigen Liberalen groß. Der Komiker erfreut sich mit seiner Satire und Hashtags wie #AFDP in der liberalen Bubble meist keiner großen Beliebtheit. Wenn es aber eine Strafanzeige von Erdogan gegen den deutschen Entertainer gibt, muss selbst für uns genug sein. Ein Staat, der die Pressefreiheit missachtet und Journalistinnen und Journalisten regelmäßig um ihre Freiheit fürchten lässt, darf nicht einfach so Aufnahmeverhandlungen mit der EU führen. 2016 kam es in der Türkei zur Entlassung von ca. 130.000 Richterinnen, Polizisten und Lehrern sowie Soldatinnen. Entlassungen, weil die politische Gesinnung der betreffenden Personen der Regierung nicht genehm war. Der Ausnahmezustand des betreffenden Jahres wurde zusätzlich dazu missbraucht, das Verbot von Demonstrationen und die zunehmende Polizeigewalt zu legitimieren. Der seit 2014 gewählte Präsident Recep Tayyip Erdogan hat 2017 ein Referendum veranlasst, das ihm weitreichende Befugnisse gegenüber Legislative und Exekutive beschert. Vor wenigen Monaten ist die Türkei aus der Istanbul-Konvention, einem Abkommen zum Schutz von Frauen, ausgetreten. Die Liste der negativen Entwicklungen des Landes in den letzten Jahren ist lang. Leider!

Wir brauchen einen Neuanfang der Beitrittsverhandlungen der Türkei zur EU! Wir müssen die Beziehungen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Wir können nicht auf einmal unsere Prinzipien hintenüberwerfen, nur weil wir uns mit einer Androhung von neuen Geflüchteten einschüchtern lassen. Eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei darf für Liberale kein potenzielles Mitglied der EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft sind die Kopenhagener Kriterien – und das sollten sie auch bleiben! Wir können nicht darauf verzichten, dass alle Staaten im wichtigsten Friedensprojekt Europas funktionierende rechtsstaatliche Mechanismen haben. Auch die Achtung von Menschenrechten lässt keinen Verhandlungsspielraum zu – und sie ist in der Türkei zum jetzigen Zeitpunkt klar nicht gegeben. Dazu reicht ein Blick auf die willkürlichen Anklagen gegen Menschenrechtsaktivist:innen. Ich sage nicht, dass wir die Türkei nicht brauchen oder nicht wollen sollten. Ich möchte dafür plädieren, dass wir im Umgang mit der Türkei klarmachen, dass für alle Türkinnen und Türken ein sicheres und freies Leben in ihrem Heimatland möglich sein muss. Als NATO-Mitglied bleibt das Land so oder so ein unverzichtbarer Partner, aber wir sollten uns dringend dafür einsetzen, dass die sicherheitspolitischen Spannungen gemildert werden. Insbesondere mit den zum Teil unterdrückten gesellschaftlichen Initiativen und den Journalist:innen des Landes müssen wir Solidarität zeigen. Außerdem sollten wir die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten, die Grundlage für intensiven Austausch sind.

**Sina (20),** die eine Chefin vom Magazin, Food-Lover und Menschenrechtsfan. Ihr erreicht sie unter **sina.behrend@julis.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com © Jan Schuler

9

Bildnachweis: stock.adobe.com ©breakermaximus

# Cowboy of Europe

My parents can remember the time, when they told someone in Europe that they are Hungarians, they would be asked about goulash, the baths of Budapest, or Lake Balaton. Whenever I bring up Hungary abroad, the conversation will inevitably turn to Viktor Orbán – and how the European Union can better deal with him. Below is my point of view, explaining why they cannot handle it and how it could change for the better.

## Why is Europe unfit to handle Orbán?

The first element why Europe fails to outmaneuver Orbán stems from the general lack of understanding of the Hungarian political culture. Without explaining the last thousand (or even hundred) years of Hungarian politics, the most important thing to grasp is that democracy in Hungary is a fairly new thing: aside from a brief democratic window under the Austro-Hungarian Kingdom (1867–1914), democracy has only existed under the pressure of extreme ideological and power groups. The idea, to organize parties, unions, and protests to promote the same values and economical interests is fairly recent: the modern institutional system has come into existence in 1990. Nowadays, parties are based on loosely shared cultural experiences and shared fears. The governing party Fidesz is founded on anti-leftwing and anti-liberal concerns while sharing a vague but nationalist worldview. While the opposition is too fragmented to be described briefly, but their political grouping is merely based on the necessity to cooperate and fear of Orbán's four more years.

Mostly because of this circumstance, and partly due to the lack of responsible leadership from the Hungarian political elite, there is little to no culture of good-faith arguments and constructive debate. The last time Orbán participated in a televised debate was in 2006, and ever since coming to power in 2010, he refrained from giving an interview to critical media. This is not just anti-democratic, it also stifles debate and enables Fidesz to manipulate the topics of conversation as they wish: accountability and competence are no longer part of the political vocabulary. European politicians and media fail to recognize this: Orbán might say one thing in Brussels and do another in Budapest - even if the Hungarian media presents the hypocrisy, Orbán's voters are ignorant of that information (either by choice or by circumstance), hence he has no electoral incentive to stick to his word. The European political elite also fails to relearn the patterns of Hungarian politics: tough rhetorics is worth nothing when no financial or political punishment follows. The opinion of Mark Rutte regarding Hungary's place in the EU after the homophobic law passed in June was not followed by litigation or the severance of financial benefits: it only helped to further the image painted by Orbán that everyone in Europe is against

us (except for our Polish friends obviously) and that the "liberals" are attacking Hungary.

Following major stepbacks in the democratic nature of Hungary, the EU was merely concerned by the moves of Orbán but repeatedly failed to do anything: European politicians published press releases condemning the failure to upkeep rule of law, criticizing the closure of newspapers, or worrying about passage of the aforementioned homophobic law. What failed to follow was substantial, real, painful action, which leads us to my second point. The European Union does not have the proper institutional and legal pathways to protect its core values: Hungary violated the fundamental values of the Treaty of Rome, such as the right to equal treatment or the fundamental rights of migrants, asylum seekers, refugees. But even after the European Parliament voted in favor of the Sargentini-report in 2018, a motion starting the process of rectifying the violations (also known as the process of Article 7), nothing visible has happened that would warrant hope for Hungarians that the rule of law will be protected in our country or reassure fellow European citizens, that their money is going to the right place.

Finally, the European Union has a democratic deficit recognized by the academic, political, and civic spheres: most European institutions are detached from the citizens, and the only directly elected body, the European Parliament has vastly more limited powers than its counterparts on the national level. This gives Viktor Orbán an immense opportunity to spread his message, that European Union is a quasi-imperialist institution that imposes its rules without proper, democratic legitimacy. While one might agree with his assessment, the solution he offers, would not address the issues: Orbán would prefer to go in the direction of Europe of Nations, reversing existing integration and cutting back the powers of the European Union. If we fail to address this deficit, he might just get his way. But how should we proceed?

## How could Europe better handle Orbán?

Understanding Hungarian politics is no easy feat, especially for those not familiar with its history and culture, but keeping Orbán's political interests in mind is a simple exercise of political expertise. His primary interest is getting as much European money as he possibly can: Orbán's system of government is based on keeping a close circle loyal with access to EU funds and keeping local community leaders in check with the threat of cutting funding. It is key to put an independent body in power to detach the handling of the money from national governments, giving founding directly to NGOs, local communities, and cities, without the possibility of government interference. This would hinder Orbán's ability to dominate the Hungarian market with his strawmen and finance the propaganda machine consisting of media outlets, that would not survive in a free economy.

European leaders should also be mindful of the way they communicate about us: they should strongly differentiate the leaders of Hungary from the nation of Hungary. The Hungarian people have enormous love and support for the European Union: around 85 percent of citizens support our membership based on the latest polls, which is an outstanding result if we consider the Pew Research Center's data as a baseline. But if Viktor Orbán carefully flames up anti-European sentiments every time they hear a western politician speaking ill of the country, this tendency could change quite rapidly.

Thinkers of Europe should also take steps towards forming an inclusive European identity, so that the whole of the European citizenry can associate themselves with the Union. Based on the research of the University of Göteborg, titled the European Quality of Government Index, Budapest is the only region that is currently more attached to the European Identity than a national or a regional one (check out this magnificent map).

Europe should have all the tools to cut funding and enforce the values laid down in the Treaties. Membership in the European Public Prosecutor's Office should be mandatory in order to access European funding. The European Parliament and the Council have already accepted a mechanism that would tie the payment to rule of law criteria, but allowed Orbán a way out by not practically enforcing it before the Hungarian General Election of 2022. In my opinion, the European Union can only succeed if it recognizes and rectifies the mistakes in its institutional structure. This reflects LYMEC's vision for the Conference on the Future of Europe, It should address the democratic deficit by having the commission directly elected by the European Parliament, with the President being approved by the Council. The Parliament should also have the right to propose legislation, while the Council would gain the right to vote on the common foreign policy by qualified majority instead of a consensual decision-making process.

**Barnabás Gádor,** 19 years old, International Officer of Momentum TizenX. I was motivated to join by feeling the urge to act against the illiberal and anti-European sentiments of the Orbán regime.

# Politische Lagebesprechung mit unserer Landesprogrammatikerin Anna Neumann

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Martina Berg

**Anna Neumann (26) kandidiert in diesem Jahr als eine der jüngsten Kandidatinnen deutschlandweit für den Deutschen Bundestag. Neben dem Bundestagswahlkampf gab es aber ein weiteres großes Projekt, auf welches Anna in den letzten Wochen ihren Fokus gelegt hat: die Erstellung des Landtagswahlprogramms in Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im nächsten Jahr. Wie ein solcher Erstellungsprozess abläuft und welche Themen Anna bewegen.**

## Schön, dich zu sehen, Anna. Wie stressig waren deine letzten Wochen?

Das Pensum ist schon enorm in diesen Tagen. Aber das habe ich mir ja selbst so ausgesucht. Insbesondere die Termine mit Bürgerinnen und Bürgern machen großen Spaß. Da erfährt man immer wieder Sachen, die man innerhalb der eigenen Blase gar nicht so wahrnimmt. In den wenigen Tagen, die noch verbleiben, müssen wir die Schlagzahl hochhalten.

## ... und neben all den Terminen im Bundestagswahlkampf hast du dich noch um die Erstellung des Landtagswahlprogramms der JuLis NRW gekümmert.

Sehr richtig. Zusammen mit Philip und Paavo habe ich in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv an der

Erstellung des Landtagswahlprogramms für die anstehenden Landtagswahlen gearbeitet. Vor Kurzem haben wir das Programm im Landesvorstand beschlossen, nun liegt es den Untergliederungen vor.

## Wie können wir uns einen solchen Erstellungsprozess vorstellen?

Die Erstellung des Programms zieht sich über Monate. Bevor überhaupt eine einzelne Zeile zu Papier kommt, muss eine Analyse der politischen Lage erfolgen. Konkret heißt das: Was wurde in den letzten Jahren unter Schwarz-Gelb umgesetzt, welche Ziele sind noch nicht erreicht und wo sehen wir möglicherweise auch Probleme der letzten Regierungszeit? Daraus entwickeln wir eine Gesamtstrategie: Welche Punkte wollen wir als Junge Liberale bei der kommenden Wahl in den Fokus stellen, wo nehmen wir eine Korrektivfunktion ein?

## Welche Themen siehst du zur kommenden Wahl im Fokus?

Für uns als Junge Liberale steht Bildung natürlich immer im Fokus, weil alles Weitere im Leben eines Menschen auf einer guten Bildungspolitik aufbaut. So wird es auch beim kommenden Programm sein. Beim Thema Bürgerrechte müssen wir ein Stück weit unserer Rolle als Stachel im Fleisch der FDP gerecht werden: Die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht, ein Polizeibeauftragter, der seiner Funktion nicht gerecht wird – nicht alle Veränderungen der letzten Jahre können wir hier befürworten. Im CDU-geführten Innenministerium ist aus meiner Sicht das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern ein Stück weit aus dem Gleichgewicht geraten. Das müssen wir wieder korrigieren – ein Landtagswahlprogramm sollte unsere liberalen Überzeugungen in Reinform beinhalten und kein vorgefertigter Koalitionsvertrag sein. Zu guter Letzt steht für mich das Thema Wirtschaftsstandort im Fokus. Gerade in Hinblick auf den Klimawandel ist es attraktiver Ansatz für unser Bundesland, Vorreiter bei dieser großartigen Wachstumsagenda zu werden.

## Du hast es gerade schon kurz angesprochen: Das Programm liegt momentan den Untergliederungen vor. Was passiert jetzt im weiteren Prozess?

Wir beschließen das Landtagswahlprogramm natürlich nicht alleine, sondern in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern. Konkret arbeiten gerade die Bezirksverbände und ihre Untergliederungen an Änderungsanträgen. Ich bin schon gespannt, welche weitere Ideen aufgebracht werden und an welcher Stelle wir vielleicht die ein oder andere hitzige Debatte führen werden. Das gehört einfach zu einem guten Landeskongress mit dazu!

**Anna Neumann (26)** kandidiert in diesem Jahr als eine der jüngsten Kandidatinnen deutschlandweit für den Deutschen Bundestag.

**Torben Hundsdörfer (17)** ist der andere Chefredakteur des JULIMAGAZINS, Kreisvorsitzender der JuLis Lippe und Bezirksprogrammatiker in OWL. Ihr erreicht ihn unter **torbenhundsdoerfer@julis.de**

# Hatte Donald Trump recht? Brauchen wir die WHO?

11

**Am 29. Mai erklärt Donald Trump, dass er aus der WHO austreten wolle. Doch so lächerlich dieser Schritt in einer weltweiten Pandemie auf uns wirkt – schauen wir uns erst einmal an, was Donald Trump der WHO vorwirft. Natürlich, es ist ein Jahr her. Doch um zukünftigen Problemen im Bereich Global Health begegnen zu können, lohnt es sich, diese Fragen zu stellen.**

## Die WHO sei „eine Marionette" von China, Bill Gates und der Pharmaindustrie

Die WHO finanziert sich sowohl aus den Beiträgen der ca. 194 Mitgliedsstaaten und den Spenden aus verschiedenen Stiftungen, NGOs, aber auch von Unternehmen. Die Beiträge der Mitgliedsstaaten richten sich nach dem Wohlstand des jeweiligen Landes, zusätzlich kann jedes Land freiwillig spenden. So bezahlte Deutschland im Jahr 20/21 13,85 % des Gesamthaushalts, mit 882,6 Mio. USD ist das der größte Beitrag. Kurz dahinter die Melinda und Bill Gates Stiftung.

Eine großer Kritikpunkt an der gesamten Finanzierung ist, dass die Spenden seit 1993 zweckgebunden sind, d.h., so kann ein Land beispielsweise die Forschung an einem gewissen Impfstoff unterstützen. Diese freiwilligen Spenden machen je nach Aussage ca. 80 % des Gesamtbudgets der WHO aus.

Um die Unabhängigkeit der WHO zu bewahren oder sogar wiederherzustellen, müssten wir über eine Reform der Finanzierung nachdenken. Ein möglicher erster Schritt kann eine durch den WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus gegründete Stiftung sein, die zumindest in Teilen die WHO unabhängiger macht.

## Die Corona-Pandemie sei außer Kontrolle geraten, weil die Informationen aus China gefehlt haben

Trump denkt, dass durch eine Vertuschungsaktion der chinesischen Behörden das Coronavirus erst zu einer globalen Gefahr wurde. Die WHO habe aus seiner Sicht nicht genug Druck auf China ausgeübt und sei sogar China-hörig. An der Stelle muss aber auch daran gedacht werden, dass die WHO darauf angewiesen ist, dass die Mitgliedsstaaten mit ihr zusammenarbeiten. Wenn nun der Druck auf China zu groß gewesen wäre, wäre zu befürchten gewesen, dass China sich komplett abgeschottet oder zurückgezogen hätte.

## In Gesundheitsfragen lieber national oder global denken?

Im Austritt der USA aus der WHO kann man in dieser Androhung Trumps auch eine Absage an eine globale Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen sehen. Wenn wir an das Impf-Debakel in Deutschland denken und an Staaten denken wie z.B. Großbritannien, die im Alleingang, ohne auf andere Länder zu achten, für ihre Bevölkerung bestellt haben, müssen wir zumindest Raum für die Diskussion lassen, in welchen Bereichen unserer Gesundheitspolitik national gedacht werden soll und in welchen global.

Aus deutscher Sicht sehe ich eine Verantwortung eines der wirtschaftlich stärksten Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft, die Gesundheit jedes Menschen als zentrales Menschenrecht, das gleichzeitig die Grundlage für jede soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität ist, weltweit zu fördern und zu unterstützen. Durch die immer größer werdende globale Vernetzung kommt es neben den Reisebewegungen, die eine kompliziertere und schnellere Ausbreitung von Viren und Bakterien bedingen können, auch zu einer Angleichung der Konsum- und Lebensgewohnheiten. Das bedeutet, dass die nicht übertragbaren chronischen Erkrankungen wie z.B. Diabetes weltweit zunehmen. Auch bei anderen grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren wie zum Beispiel dem Klimawandel bietet es sich natürlich an, Kooperationen in Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft über die Ländergrenzen hinweg zu nutzen.

## Zurück zu Donald Trump …

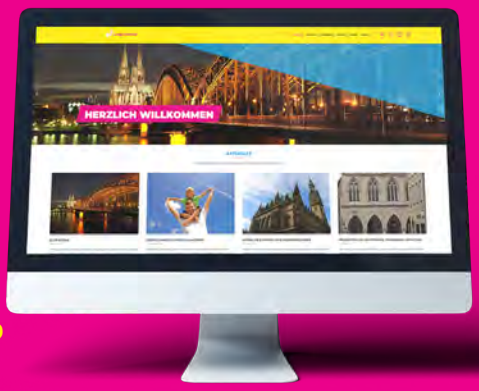
Es steht außer Frage, dass ein Austritt der USA in der Corona-Pandemie eine Katastrophe wäre. Die USA selbst würde einen Austritt aus der WHO überleben, verlieren würden die ärmeren Mitgliedsstaaten, die keine ausgereifte Gesundheitsinfrastruktur oder ein labiles Gesundheitssystem haben.

Die WHO hat viel in den letzten Jahren geleistet, so zählen zu den größten Erfolgen: die Ausrottung der Pocken 1980, der Rückgang der Todesfälle durch Malaria und Tuberkulose und der Kindersterblichkeit etc. Es spielen viele Faktoren in eine solche positive Entwicklung hinein, aber die Rolle der WHO ist dabei unbestritten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die WHO Defizite im Bereich Organisation und Finanzierung aufweist, aber sie ist auch eine unverzichtbare Institution für die Verbesserung der Gesundheit weltweit.

**Laura Litzius** ist Gesundheits- und Krankenpflegerin und Kreisvorsitzende der JuLis in Düsseldorf. Ihr erreicht sie unter **Laura.lizius@julis-duesseldorf.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Blue Planet Studio

SIE BENÖTIGEN
EINE NEUE
WEBSTE FÜR ...




... IHREN VERBAND?
... IHREN KANDIDATEN?

BEISPIELE UNTER WWW.FDPWEBSERVER.DE

# thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten u.v.m. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Website!

## Ihr Shop für Junge Liberale Werbemittel

BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Steinstr.14 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Bildnachweis: stock.adobe.com ©manu

# Europäische Armee?

Die Frage nach der Gestaltung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist so alt wie das Bündnis in all seinen Ausprägungen selbst und auch die Frage nach einer gemeinsamen Europäischen Armee ist keine Hochglanzidee des 21. Jahrhunderts. Es lohnt sich daher, zurückzublicken: Bereits 1950 – das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt damals weniger weit zurück als aus heutiger Sicht die WM 2014 – zaubert der damalige französische Ministerpräsident René Pleven seine Pläne für eine Europaarmee aus der Tasche. Doch trotz anfänglicher Zustimmung scheitert die Ratifizierung vier Jahre später ironischerweise am „Nein" der französischen Bevölkerung. Die Idee wanderte in die Schublade, wurde aber nie ganz verworfen. 1992 gründete sich in Maastricht die Europäische Union und in der Folge wurde 1997 im „Vertrag von Amsterdam" der Ausbau bestehender Kooperationen zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) beschlossen. Während die ESVP in den ersten Jahren angesichts der Konflikte in Afghanistan und dem Irak mehr schlecht als recht ins neue Jahrtausend stolperte, wurden mit der Aufstellung der sogenannten EU Battlegroups 2007 erstmals handfeste militärische Tatsachen geschaffen. Diese multinationalen Verbände mit bis zu 1.500 Soldatinnen und Soldaten pro Verband setzen sich aus nationalen Streitkräften zusammen und stehen für Einsätze in einem Radius von 6.000 Kilometern um Brüssel und für die Dauer von bis zu vier Monaten im Krisenfall zur Verfügung. 2009 wurde im „Vertrag von Lissabon" die gegenseitige Unterstützung bei militärischen Angriffen auf ein EU-Mitglied, der „Bündnisfall", beschlossen und die ESVP in die „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik", kurz GSVP, überführt. Im Rahmen der GSVP wurden seither eine ganze Reihe von Institutionen gegründet, nationale Streitkräfte enger miteinander verknüpft und auch militärische Einsätze absolviert, etwa in Bosnien-Herzegowina, Uganda oder im Mittelmeer. Erst im April dieses Jahres wurde mit dem EU-Verteidigungsfonds ein EU-Budget beschlossen, das Mittel zur Forschung und Entwicklung für Aufträge an die europäische Verteidigungsindustrie bereithält.

Nice to have – aber eben keine gemeinsame EU-Armee mit einem EU-Verteidigungsministerium und Mandatierung durch das EU-Parlament. Denn dazu müssten die Mitgliedsstaaten ein gutes Stück Souveränität abgeben – eine Vorstellung, die längst nicht überall in Europa gut ankommt. Dabei würde eine echte EU-Truppe einige Vorteile mit sich bringen. Da wäre zum einen die militärische Perspektive: Gemeinsame Streitkräfte würden die Effizienz gegenüber der Kleinstaaterei der einzelnen Mitgliedsstaaten deutlich erhöhen, Kompetenzen bündeln und Brüche in Kommunikation und Kooperation massiv verringern. Durch ein gemeinsames Budget ließen sich Forschung und Entwicklung intensivieren sowie Projekte wie EU-Flugzeugträger umsetzen. Insgesamt läge die Verteidigungsfähigkeit der EU um ein Vielfaches höher als heute. Zum anderen sollte man die integrative Komponente nicht unterschätzen. Eine EU-Truppe unter EU-Flagge wäre ein starkes Signal nach innen und auch nach außen, etwa an China oder Russland: Die EU-Mitgliedsstaaten lassen sich nicht mehr so leicht gegeneinander ausspielen. Und auch die Skeptiker in den USA und der NATO bekämen einen solventeren, fähigeren und stärkeren Partner an die Seite gestellt. Anders als beispielsweise eine kaputt gesparte Bundeswehr und eine Bundesregierung, die seit Jahren ihrer Zusage zum 2-Prozent-Ziel der NATO nicht nachkommt, wäre eine EU-Armee zuverlässiger und im Ernstfall ein Verbündeter auf Augenhöhe, nicht Bittsteller.

Der Weg zur integrierten EU-Streitmacht ist noch weit, aber er lohnt sich. Was passiert, wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht, wurde nicht zuletzt beim chaotischen Abzug aus Afghanistan deutlich. Eine EU, die in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit einer Stimme spricht und danach handelt, wäre ein wichtiger Baustein, um so etwas in Zukunft eher zu verhindern.



**Jakob Hager (30)** arbeitet als Referent für Public Affairs am Flughafen Düsseldorf. 2010 bei der Bundeswehr, wirbt er heute für die Idee gemeinsamer EU-Streitkräfte.

LEITBILD

# LIBERALE UNTERNEHMEN ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG.

## LEISTUNGSORIENTIERT

Liberale Unternehmen wachsen durch fairen Wettbewerb.

## ZUKUNFTSFÄHIG

Liberale Unternehmen agieren nachhaltig, technologieoffen, klima- und umweltbewusst.

## SOZIAL UND RESPEKTVOLL

Liberale Unternehmen stehen für Selbstentfaltung und soziales Engagement.

## INNOVATIV

Liberale Unternehmen entwickeln neue Lösungen und fördern digitale Transformation.

# FÜR EINE WERTE- UND CHANCENORIENTIERTE ZUKUNFT.

Wir haben Dein Interesse geweckt und Du möchtest in einem tollen Verband mit einem spannenden Themenfeld mitarbeiten?
Dann freuen wir uns Dich als neues Mitglied begrüßen zu dürfen.
Informiere dich unter www.liberaler-mittelstand.nrw oder schreibe uns eine E-Mail an geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw.

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

www.liberaler-mittelstand.nrw

# Warum Verteidigung der beste Angriff auf Unrechtsstaaten ist – und was das mit Personalmanagement zu tun hat

**Im Fußball heißt es häufig, Angriff sei die beste Verteidigung. Wer offensiv gut spielt, hat weniger in der Defensive zu tun. So weit die Theorie. Und wer einen Blick in Richtung Ende des 20. Jahrhunderts wirft, der bekommt schnell das Gefühl, dass das Gleiche für die westliche Außenpolitik gilt. Immer dann nämlich, wenn man heute von einer „zweifelhaften Beweislage" redet, wurden unter dem Vorwand der Verteidigung Angriffskriege begonnen. Dort, wo Unrecht geschah und ein Staat leicht zu stürzen war, spielten – allen voran die USA – den Weltpolizisten und griffen ein. Letztendlich wurde Außenpolitik ad absurdum geführt. Die Kriege der letzten Jahrzehnte schützen weder die eigene Sicherheit noch verbesserten sie die Menschenrechtslage anderswo. Stets verfielen die Länder nach Abzug der Truppen in die Herrschaft von Extremisten. Abgesehen von den Summen, die für Militär und Einsatz ausgegeben wurden, brach allmählich das Bild des starken Westens. Die Strategie, dass man ein Land besetzen, neu aufbauen und mit dem Wissen des Westens zum Besseren verändern könne, ist gescheitert.**

## Zwang zur Demokratie funktioniert nicht

Der fatale Fehler dieser Politik liegt dabei bereits in der Intention. Denn wer sich anmaßt, zu wissen, was besser sei, der kann gar nicht als Akteur auf Augenhöhe agieren. Eigentlich liegt nämlich gerade hier die Stärke einer freiheitlichen Demokratie und damit einer liberalen Außenpolitik. Die Akzeptanz des Andersdenkenden und der Respekt vor dem Individuum. Kriege dieser Art sind hingegen eine Niederlage für die Freiheit, wohingegen alleine das Funktionieren des Westens die größte Werbung für eine liberale Gesellschaftsordnung ist. Denn dann hätten auch Entwicklungsländer wieder einen Grund, uns als Vorbild für eine Umgestaltung zu sehen. Was sollte also die Aufgabe des Westens sein? Zuschauen und Protektionismus? Keinesfalls. Deutschland und die Europäische Union müssten es sich zum Ziel machen, ein Vermittler von Verteidigung zu sein. Es braucht klare Perspektiven für unsere Verbündete und eine harte Kante gegenüber Unrechtsstaaten. Nur so werden wir dem Anspruch von liberalen Werten in unserer Außenpolitik gerecht. An erster Stelle sollte für uns ein Prioritätswechsel stehen.

## Warum Verteidigung wichtiger ist als Angriff

Statt uns aber mit den unbändigen Unrechtsstaaten abzumühen, sollten wir unsere Energie in die Beziehungen mit unseren Verbündeten investieren. Im Personalmanagement ist diese Devise gängiger Standard. Gute Chefs konzentrieren sich nicht auf die unmotivierten Mitarbeiter. Diese zu besseren Leistungen zu ermutigen, ist schwierig und hält meist nur so lange an, bis der Blick des Vorgesetzten von ihnen weicht. Die bessere Option besteht für Führungspersonen dagegen darin, die Menschen zu unterstützen, die bereits gut performen. Denn sie tragen die Last und müssen am meisten motiviert werden. Im Zweifel sorgt die bessere Arbeitsstimmung dann auch dazu, dass selbst der Letzte im Büro die Vorteile von guter Arbeit erkennt und seine Leistungen steigert. Diese Lehre, die in der Unternehmenswelt weitestgehend akzeptiert ist, kann direkt auf die Außenpolitik Deutschlands übertragen werden. Die oberste Priorität haben demnach Länder, die auf der Kippe stehen zwischen Demokratie und Autokratie. Nicht Afghanistan, sondern Ungarn sollte uns beschäftigen. Nicht Syrien, sondern Polen.

## Das Ende im Auge

Dabei müssen wir uns abkehren von der Schnelligkeit und Hektik in außenpolitischen Entscheidungen. Krieg selbst ist schon so unübersichtlich, dass wenigstens unsere Strategie von Übersichtlichkeit geprägt sein sollte. Guido Westerwelle beispielsweise ist in seiner Amtszeit diesen Weg gegangen, der viel Mut erforderte. Unter dem Leitspruch respice finem warb er seinerzeit dafür, stets das Ende zu bedenken. Dies war der ausschlaggebende Grund, warum er einen Krieg in Libyen ablehnte. Obwohl er diese Entscheidung gegen den Großteil der Bevölkerung traf, stimmte er im UN-Sicherheitsrat für die Enthaltung Deutschlands bei einem Kriegseinsatz. Aus der Sicht von 2021 müssen wir ihm für diese Weitsicht ausdrücklich danken. Denn Libyen ist heute, zehn Jahre nach dem Sturz des Diktators al-Gaddafi, ein Staat ohne Recht und Ordnung. Die Invasion Libyens hätte wohl geklappt, aber die Situation heute wäre die Gleiche. Die Veränderung eines Systems muss von innen kommen und kann durch die Leitung einer fernen Macht sogar behindert werden.

**Tim Krügler (19)** ist Beisitzer im Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe und studiert Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©zef art

## Demokratieunterstützung ist kein Sparpotenzial

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl ist genau das wichtig. Wir müssen in der Lage sein, unsere Verbündeten zu schützen in doppelter Hinsicht. Zum einen braucht es eine Regierung, die die richtigen Verbündeten hat. Die Nähe der AfD und der Linken zu Russland dieser Tage ist mit großer Vorsicht zu beachten. Wichtiger ist allerdings auch hier, dass wir unsere Verbündeten wie Israel stärker unterstützen. Die einzige Demokratie des Nahen Ostens verdient einen besseren Außenminister als Heiko Maas. Der zweite Punkt einer souveränen Außenpolitik liegt in der Stärke unseres Militärs. Die lässt sich nicht nur an der 2%-Vereinbarung der NATO-Mitglieder messen, sondern auch an der Effektivität dieser Ausgabe. Klar ist: Wenn Deutschland in der Außenpolitik mitreden will, dann müssen wir auch das machtpolitische Mittel dafür haben. Die Corona-Pandemie hat wie ein Schalldämpfer auf die Probleme in Diktaturen gewirkt. Sie sind nicht kleiner geworden, wir haben sie nur weniger gehört. Wenn sich die Ruhe vor dem Sturm gelegt hat, braucht es nach dem 26. September also eine liberale Handschrift in der Außenpolitik. Ohne Größenwahn, aber dafür mit umso mehr Verantwortung.

renew europe.

# EUROPA WIR MÜSSEN REDEN!

## Moritz Körner

Ich freue mich, wenn Du in meinen Podcast „Europa, wir müssen reden“ reinhörst. Du findest ihn auf Spotify, Apple Podcast und auch auf YouTube. Für die verschiedenen Portale scann einfach einen der QR-Codes hier unten!

Ich wünsche dir viel Spaß beim Hören!

Moritz

Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP

Innen- und haushaltpolitischer Sprecher der FDP
im Europäischen Parlament

Apple

Spotify

Youtube

@ Renew Europe 2021